



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/31 - 6.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Kommt die Wirtschaftspartei ?	RAP	S. 1
Britische Äußerung zum deutschen Wehrbeitrag		S. 3
Demokratische Verantwortung - so und so		S. 4
Nachrichten aus der Sowjetzone		S. 5
Zum Tode König Georg VI.		S. 6

Falsche Fronten

RAP. Das Gespenst einer neuen Mittelstandspartei wurde mit der "Sozialen Marktwirtschaft" und nicht erst auf der Flensburger Tagung im September 1951 geboren. Denn die kapitalistische Restauration der "Sozialen Marktwirtschaft" hat nicht nur den für Lohn oder Gehalt arbeitenden, sondern auch den für ein unabhängig zu erwerbendes Arbeitseinkommen tätigen Menschen zum Ausbeutungsobjekt gemacht.

Der jetzt so viel genannte Mittelstandsblock umfaßt Landwirte und Bauern, Handwerker und Hausbesitzer. Die Einzelhändler haben sich noch ferngehalten. Der Mittelstandsblock will keine Partei gründen, aber er will seine Vertreter in die Parlamentsfraktionen der bestehenden Parteien entsenden, damit seine Interessen in Politik und Wirtschaftspolitik besser vertreten werden.

Vom Mittelstandsblock hat man Sympathiebezeugungen für die "Soziale Marktwirtschaft" gehört; er wird seine Vertreter in die Parteien schicken wollen, mit deren Koalition die Durchführung der "Sozialen Marktwirtschaft" möglich ist. Von den gleichen Parteien fühlen sich aber die Anhänger des Mittelstandsblocks jetzt vernachlässigt. Ihre zukünftigen Vertreter werden als Abgeordnete der jetzigen Koalition die für den Mittelstand nachteilige Politik aber nicht ändern können, da sie die Prinzipien dieser Politik anerkennen. Über kurz oder lang würden die Abgeordneten des Mittelstandsblocks zu einer besonderen Partei werden müssen. Diese

Partei könnte nur eine sogenannte Wirtschaftspartei sein.

Die im Mittelstandsblock vereinigten vermeintlichen Interessen ergeben kein gemeinsames Interesse. Beispielsweise sind Hausbesitzerinteressen weder Berufs- noch Standesinteressen. Das Hausbesitzerinteresse des Einzelhändlers, des Bauern, des Handwerkers, des Arbeiters u.a. ist ja nicht das eigentliche lebenswichtige Interesse aller dieser wirtschaftlich tätigen Menschen. In ihrer Mehrzahl werden die Angehörigen der genannten Berufe nicht Hausbesitzer, sondern Mieter sein; ihre Mieterinteressen, obwohl diese sie in den Gegensatz zum hausbesitzenden Berufskollegen bringen werden, sind ja auch nicht ihre Hauptinteressen.

Die Anhänger des Mittelstandsblocks gewinnen ihr Arbeitseinkommen auf der Basis des Masseneinkommens in der kapitalistischen Wirtschaft. Sie selbst sind ihrer geschichtlichen Herkunft und ihrem Dasein nach kein Teil des Kapitalismus. Der rückläufige Anteil des Masseneinkommens am Nationaleinkommen in der "Sozialen Marktwirtschaft" muß im Endergebnis das Einkommen der selbständig arbeitenden Mittelschichten verringern. Die konsequente Verwirklichung der wirtschaftsliberalen Prinzipien haben überall die wirtschaftliche wie die gesellschaftlich-politische Existenz der Mittelschichten in Frage gestellt. Die neuliberale "Soziale Marktwirtschaft" ist ihren Prinzipien nach der Todfeind dieser Volksschichten; sie wird auch mit dem besten Willen Einzelner stets nur Pflasterchen auf die Wunden kleben, das Übel aber nicht heilen können.

Die Gegensätze zwischen den mittelständischen Beziehern selbständiger Arbeitseinkommen und den Beziehern von Lohn und Gehalt resultieren aus der kapitalistischen Wirklichkeit. Der Kampf der Bezieher von Einkommen aus abhängiger Arbeit um den Einfluß im Staat richtet sich nicht gegen die im Mittelstandsblock vereinigten Teile des Volkes, sondern gegen die in der "Sozialen Marktwirtschaft" wirksamen kapitalistischen Interessen. Wenn sich der Mittelstand in die falsche Front eingliedert, muß er damit rechnen, daß er in dieser angegriffen wird. Die politische Partei, die nie zur Wirtschaftspartei werden kann, weil sie das wirklich gemeinsame Interesse aller von ihrer Arbeit lebenden Menschen unseres Volkes vertritt, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Europaverbindete mit Rückversicherung

P.R. In einer in Bonn ausgegebenen kritischen Stellungnahme zur Frage des deutschen Wehrbeitrages heißt es am Schluß, der Westen müste auch ohne Mitwirkung der Bundesrepublik die für die westliche Sicherheit notwendigen Maßnahmen treffen. Die westlichen Verteidigungskräfte würden natürlich in ihren Positionen bleiben, "denn Westdeutschland ist ein strategisch viel zu wichtiges Gebiet, als daß eine Räumung auch nur in Frage käme ... Und im Falle einer Aggression aus dem Osten bleibe den Westmächten keine andere Wahl, als die Verteidigung ausschließlich mit Rücksicht auf ihre eigenen strategischen Interessen zu führen".

Dazu ist kurz zu sagen, daß nach unserem Wissen nirgends einem maßgebenden deutschen Politiker oder Unterhändler von irgendeiner maßgebenden Stelle der Westmächte gesagt worden wäre, daß die eventuell notwendig werdende Verteidigung Europas anders als nach den ausschließlichen Interessen der Westmächte erfolgen werde - ob mit oder ohne deutschen Beitrag. Die strategische Konzeption für die Verteidigung des Westens ruht ohnehin in den Panzerschränken des Pentagon.

In Deutschland sollte man sich keine Illusionen darüber machen, daß auch die Schutz- und Garantie-Zusage der New Yorker Außenminister-Konferenz für Westdeutschland nichts anderes bedeutet als die Bekräftigung, man werde notfalls in Westdeutschland mit der eigenen Verteidigung beginnen - von einer Verteidigung Westdeutschlands unter den Gesichtspunkten des besonderen deutschen Interesses ist ohnehin nie die Rede gewesen. Das gerade ist ja einer der wichtigsten Ansatzpunkte für die äußerste Zurückhaltung in Deutschland - außerhalb der Regierung.

Drohungen der erwähnten Art werden unwirksam bleiben. Auch in Deutschland hat man sich, zumal man hier von der Gefahr eines West-Ost-Krieges viel stärker bedroht ist als jedes andere Land, die Dinge gründlich und unter Einbeziehung aller Konsequenzen überlegt, das sollte man uns glauben.

Und noch eins: Eben erst berichtete aus Paris der sicher gut unterrichtete "Observer" aus Anlaß des Eden-Besuches von der Möglichkeit einer zusätzlichen englischen und amerikanischen Garantie für Frankreich im Text des Europaarmee-Vertrages - gegen Deutschland. Militärische Verbündete mit Rückversicherung gegen Deutschland - eine großartige Armee scheint sich da abzuzeichnen.

Die erwähnte englische Verlautbarung appelliert an den Sinn für Realitäten. Wir möchten das auch tun und in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes unter den Umständen, die heute das politische Bild bestimmen, keineswegs bereit sein wird, mit der Waffe in der Hand mitzumachen.

Erfreuliches ...

-ler. In einer würdigen Erklärung haben sich 48 Professoren der Göttinger Universität zu den Studenten bekannt, die protestierend ihren Unmut gegen die provokatorische Aufführung von Veit Harlan-Filmen äußerten. Die Professoren bedauern die antisemitischen Exzesse und sie erblicken "in der Aktion der Studenten ein Zeichen dafür, daß in der akademischen Jugend ein politisches Verantwortungsgefühl liegt, das sie antisemitischen und undemokratischen Tendenzen entgegentreten läßt".

Das Wiederauftauchen Veit Harlans wird geradezu zur nationalen Schande. Wer dazu schweigt, macht sich wiederum mitschuldig an der Vergiftung unseres Volkes, die wir so teuer bezahlen mußten. Die Versöhnung des deutschen Volkes mit der westlichen Welt, von der in diesen Tagen so viel die Rede ist, wird erst dann gelungen und dauerhaft sein, wenn das letzte Gift des Antisemitismus bei uns verschwunden ist. Das mutige Einstehen Göttinger Professoren für mutige Studenten beweist, daß es in allen Schichten Kräfte gibt, die willens sind, den Anfängen zu wehren.

x x x

Unerfreuliches ...

Eine Gruppe Heidelberger Studentinnen, bestrebt ihre staatsbürgerlichen Kenntnisse zu erweitern, besuchte kürzlich den Präsidenten des Bundestages, Dr. Ehlers. "Was halten Sie von der Arbeit der Frauen im Parlament, Herr Bundestagspräsident?" fragten die neugierigen Studentinnen. "Nichts", war die lapidare Antwort Dr. Ehlers ...

Dem Deutschen Bundestag gehören immerhin Frauen an, deren Namen im In- und Ausland guten Klang besitzen. In dieser Antwort liegt eine Mißachtung aller Frauen, die im öffentlichen Leben stehen, einschließlich jener, die zur Parlamentsfraktion des Herrn Bundestagspräsidenten gehören. Hält sich Dr. Ehlers für so klug, daß er des Ratschlages der Frauen nicht mehr bedürfte? Es sollte uns nicht wundern, wenn diese Antwort eines verantwortlichen Politikers zu einem parlamentarischen Nachspiel führen sollte. Die Äußerung Dr. Ehlers, der immerhin Repräsentant einer Partei ist, die besonders um die Gunst der weiblichen Wähler wirbt, sollte im ganzen deutschen Volk bekannt werden.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Wegen Nichterfüllung des Plansolls für 1951 erhielt die SAG Bleichert in Leipzig von den übergeordneten sowjetischen Dienststellen eine Konventionalstrafe von 1,2 Mio. M. Diese Strafe muß anteilig von der Belegschaft im Laufe des Jahres 1952 durch den Wegfall von Prämienzahlungen und anderen Vergünstigungen aufgebracht werden. Es handelt sich hier um eine der Auswirkungen des Kollektivvertrages, durch den die Arbeiter am Risiko des Betriebes beteiligt wurden. Die Maßnahme der sowjetischen Generaldirektion hat unter der Arbeiterschaft heftigste Empörung ausgelöst.

x

Das Funkhaus Grünau wird, nachdem die technischen Einrichtungen umgebaut wurden und die Redaktionen aufgelöst wurden, zu einer Funkschule umgebaut. Die ersten Funkschüler der Volkspolizei sind bereits eingetroffen.

x

Im "Waggonbau Weimar" war 1948 eine Unterstützungskasse eingerichtet worden, in die jedes Belegschaftsmitglied pro Monat eine M zahlen mußte. Diese Kasse sollte dazu beitragen, unverschuldet in Not geratenen Arbeitern zu helfen. Im Laufe des Jahres 1951 wurde es um diese Hilfskasse auffallend still. Jetzt forderten die Arbeiter eine Rechenschaft über den Verbleib der rund 20000 M, die sich in der Kasse befinden sollten. Die Rechnungslegung ergab, daß die 20000 M für besondere Zwecke ausgegeben wurden. Unter den Ausgaben befanden sich größere Spenden für den Korea-Hilfsfonds, die FDJ-Weitfestspiele, ein Geburtstagsgeschenk für Pieck, für Propaganda im Werk und für die Anschaffung von Stalinwerken. Diese Aufgaben wurden durch die BGL bestritten, ohne eine Einwilligung der Belegschaft für diese zweckentfremdeten Ausgaben einzuholen.

x

Da nach einem Verbot der sowjetzonalen Reichsbahn keine ostzonalen Güter durch die Westsektoren Berlins transportiert werden dürfen, müssen im Gütertransport von der Zone nach Berlin enorme Umwege eingeschlagen werden, die sich in einer Erhöhung der Frachtkosten auswirken. Für Strecken, die früher mit 15 km veranschlagt werden konnten, müssen jetzt Entfernungen bis zu 300 km angesetzt werden. Trotzdem dürfen nur die Transportkosten für die kürzere Strecke durch Westberlin bei der Preiskalkulation zugrunde gelegt werden.

x

Im Heinrich Braun-Krankenhaus in Zwickau wurde jetzt der Leiter der chirurgischen Abteilung, Dr. Kulenkampff, entlassen. Kulenkampff war eine der wenigen Kapazitäten, die in der Sowjetzone geblieben waren.

x

Mitte Januar wurde in Mühlhausen, Thüringen, das Altersheim "Rosenhof" geräumt, weil es durch Volkspolizisten belegt werden soll.

Verantwortlich: Peter Rannau

Zum Tode des britischen Königs Georg VI.

(sp) Der plötzliche Tod des englischen Königs, fünfzehneinhalb Jahre nach seiner Thronbesteigung, wird überall in der Welt bestürzte Trauer auslösen. Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1936, die seinen ursprünglich viel volkstümlicheren Bruder in das Privatleben zurücktreten ließen und den nun Verstorbenen vor eine völlig unerwartete schwere Aufgabe stellten, bewirkten im Lande der politischen und persönlichen Fairness, daß man gerade deshalb mit Eifer bemüht war, ihm auf jede Weise loyal und in einer Art Freundesgesinnung die Aufgabe zu erleichtern, die ihm so wenig lag und der er auch, wie sich nun herausgestellt hat, körperlich nicht gewachsen war.

Auch die Tatsache, daß Georg VI. politisch farblos war - im Vergleich etwa zu seinem Bruder oder auch seinem Großvater - hat ihm beim englischen Volk nur Sympathien eingebracht. Er war in den Augen seiner Landsleute der vorbildliche Familienvater, von dem man wußte, daß er sich nirgends wohler fühlte als unter den Seinen, er war in seinem öffentlichen Auftreten natürlich und bis zur Schüchternheit bescheiden, absolut loyal gegenüber den Gesetzen und Gebräuchen seines Landes und er beschränkte sich bewußt auf die Aufgabe, Träger der Krone und repräsentative Spitze seines Landes und die Klammer für das Commonwealth zu sein. An den Namen dieses Königs knüpfte sich die gefährlichste Bedrohung, der England seit den Tagen Napoleons ausgesetzt war. Georg VI. weigerte sich mit seiner Gattin, die bombardierte Hauptstadt zu verlassen, er blieb mitten unter den Londonern und dieser moralische und persönliche Mut sicherte ihm im Herzen aller Briten einen Ehrenplatz.

König Georg VI. hielt sich wie alle britischen Monarchen streng an die ihm von einer ungeschriebenen Verfassung gezogenen Grenzen. Die Politik und die Staatsführung überließ er dem von dem Volke gewählten und dem Volke verantwortlichen Parlament. Als der unglückselige Chamberlain im Mai 1940 nicht mehr das Vertrauen des Unterhauses besaß, berief der König den tatendurstigen Churchill an die Spitze der Regierung, um nach Kriegsende, nach dem überraschenden Wahlsieg der Labour-Party, einen Clement Attlee die Führung des britischen Weltreiches anzuvertrauen. Das britische Königtum steht, und darin liegt eine Gewähr seiner Stärke, über den Parteien und es wird von allen als die anerkannte und gültige Repräsentanz des ganzen Volkes betrachtet.

Die Engländer haben es frühzeitig verstanden, den praktischen Sinn der notwendigen politischen Fortschritt mit den gefühlbetonten Werten der Tradition zu verbinden und daraus eine feste Linie zu entwickeln - im schärfsten Gegensatz zu der wild aufgewühlten Geschichte Deutschlands in den letzten 50 Jahren, mit einem Kaiserreich, einer Diktatur und zwei notleidenden Republiken. Hier Vergleiche mit Nutzanwendung praktischer Art zu ziehen wäre ganz unangebracht.

Die junge Königin Elisabeth ist, wie man weiß, auf den britischen Inseln wie in den Ländern des Commonwealth besonders beliebt. Durch den Tod eines Königs ändert sich nichts an der britischen Politik. Aber die unauffällige menschliche Art, in der ein König oder eine Königin in England ihr hohes ausgleichendes Amt ausüben, ist an sich ein entscheidendes politisches, das sich bisher in der Geschichte dieses Landes schon reich ausgewirkt hat.